

NIEDERSCHRIFT
über die öffentliche Sitzung
des Umwelt-, Sozial- und Kulturausschusses
vom Dienstag, 02. November 2004

Sitzungsleiter: 1. Bürgermeister Brilmayer
Schriftführerin: Pfleger

Anwesend waren stellvertretender Bürgermeister Ried, die Stadträtinnen Dr. Luther (für Stadtrat Brilmayer F.), Rauscher und Warg-Portenlänger sowie die Stadträte Abinger, Riedl (für Stadträtin Gruber), Schechner A., Schechner M. jun. und Schechner M. sen..

Entschuldigt waren stellv. Bürgermeisterin Anhalt, Stadträtin Gruber und Stadtrat Brilmayer F..

Die Stadträtinnen Platzer und Schurer B. sowie Stadtrat Lachner waren als Gäste anwesend.

Von der Verwaltung nahmen Frau Seidinger, Herr Hölzer, Herr König und Frau Pfleger beratend an der Sitzung teil.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellte Bürgermeister Brilmayer die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Es wurden keine Bürgeranfragen vorgetragen.

TOP 1

jährlicher Rechenschaftsbericht des Partnerschaftskomitees
öffentlich

Frau Rüttiger, Geschäftsführerin der Partnerschaftskomitees berichtete dem Ausschuss ausführlich über die Aktivitäten im Rahmen der Städtepartnerschaft mit Yssingeaux im Jahr 2004, die unter anderem auch im Zeichen der 50 Jahr Feier zur Stadterhebung standen.

Besonders wies sie auf die regelmäßigen Treffen der Boule-Spieler hin, die sich derzeit in Ermangelung eines attraktiveren Ortes am Volksfestplatz treffen. Sie bat in diesem Zusammenhang, zu prüfen, ob dieser Platz durch Aufkiesen und das Aufstellen von Sitzbänken evtl. etwas angenehmer gestaltet werden könne.

Die Arbeit des Komitees wurde im Wesentlichen wieder ohne finanzielle Unterstützung der Stadt verwirklicht. Ein vom Kulturausschuss beschlossener Zuschuss an den Verein Rock M.E. für einen geplanten Bandaustausch wurde auf der Haushaltsstelle der Partnerschaft verbucht. Das Komitee bat künftig Buchungen, die auf die entsprechende Haushaltsstelle erfolgen, vorher mit ihm abzustimmen.

Es wurde weiter darum gebeten, das verwitterte Schiefer-Relief im Stadtgarten bis zur 10-Jahr-Feier der Partnerschaft zu restaurieren und dann mit einer Glasplatte vor den Witterungseinflüssen zu schützen.

Bürgermeister Brilmayer dankte dem Komitee für seine engagierte Arbeit, durch die die Städtepartnerschaft auch in ihrem zehnten Jahr nach wie vor lebendig gestaltet wird.

Bei diesem Tagesordnungspunkt handelte es sich um eine Berichterstattung, eine Beschlussfassung fand nicht statt.

TOP 2

Aktion Jugendzentrum e. V.;
Vorstellung des neugewählten Vorstandes

öffentlich

Der neugewählte Vorstand des Vereins AJZ stellte sich dem Ausschuss vor:

Thorsten Rienth	Sprecher
Benedikt Platzer	Kassier
Christian Zeisel	Schriftführer
Florian Portenlänger	Pressesprecher
Meike Rienth	Selbstverwaltungsdienst
Thomas Hohmann	Band-Vorstand
Bernd Wolfram	Bistro-Vorstand

Die Vorstände berichteten über die umfangreiche Arbeit des Vereins im Jugendzentrum, das für die Jugendlichen der Stadt in der Woche ca. 50 Stunden geöffnet ist und in dem zahlreiche Veranstaltungen organisiert werden. Sie wiesen darauf hin, dass nun schon seit längerer Zeit keine Probleme mit den Anliegern aufgetreten seien.

Abschließend bat der Vorstand zu prüfen, ob beim Landratsamt die Genehmigung einer Öffnungszeit am Sonntag erreicht werden könnte. Dies würde eine wesentliche Erleichterung der Arbeit bedeuten, da die Vorstände und Mitglieder während der Woche schulisch und beruflich gebunden seien.

Bürgermeister Brilmayer dankte dem Vorstand des AJZ e. V. für seine engagierte Arbeit und hob besonders positiv hervor, dass schon seit einigen Monaten keine Anliegerbeschwerden eingegangen seien. Die Möglichkeit einer Öffnungszeit am Sonntag müsse geprüft werden.

Aus der Mitte des Ausschusses wurde die Leistung des Vorstandes – insbesondere die weitreichende Öffnungszeit des Jugendzentrums – ebenfalls gelobt. Weiter wurde darum gebeten, das Jugendzentrumskomitee in nächster Zeit wieder einzuberufen.

Bei diesem Tagesordnungspunkt handelte es sich um eine Berichterstattung, eine Beschlussfassung fand nicht statt.

TOP 3

Sanierung Klostersee;

a) Vorstellung verschiedener möglicher Sanierungsmaßnahmen

b) Bewirtschaftungskonzept; Beauftragung eines Beraters

- Antrag der CSU- Fraktion vom 17.10.2004 –

öffentlich

a) Vorstellung verschiedener möglicher Sanierungsmaßnahmen

Bürgermeister Brilmayer berichtete über den derzeitigen Stand der Sanierung des Klostersees.

Entschlammung: Nach Ablassen des Sees im Frühjahr 2004 und anfänglicher Abflussprobleme am Auslauf hat sich der Schlamm nun inzwischen etwas entwässert. Diese natürliche Volumenverringerung – der Schlammpegel ist bis dato um ca. 30 – 40 cm gesunken – bedeutet gleichzeitig eine deutliche Reduzierung der Entschlammungskosten. Für die Entschlammung liegen einige Angebote von Unternehmen bei der Stadtverwaltung vor, die den Schlamm auf verschiedenste Weise entfernen würden z.B. über einen Floßbagger oder eine Fahrstraße im See. Es ist jedoch zu prüfen, was wirklich sinnvoll und genehmigungsfähig ist. Auch über die Entsorgung des Schlammes besteht derzeit noch Unklarheit. War die Auskunft des zuständigen Landwirtschaftsamtes Rosenheim sowie des Landratsamtes Ebersberg zuerst noch dahingehend, dass der Schlamm problemlos landwirtschaftlich verwertet werden kann, so ist der derzeitige Stand, dass die Stadtverwaltung den Schlamm nur auf eigenen bzw. angepachteten Flächen ausbringen darf.

Als weitere Möglichkeit wird derzeit zusammen mit dem Landratsamt geprüft, ob es zulässig ist, mit dem Schlamm eine Kiesgrube - evtl. nach vorherigen Abdichtungsmaßnahmen – zu verfüllen. Grundsätzlich lässt sich jedoch sagen, dass eine Ausschreibung der Entschlammung sich derzeit noch schwierig gestaltet, da die Rahmenbedingungen noch sehr unklar sind.

Für die Finanzierung der Entschlammung ist vom Wasserwirtschaftsamt München ein Zuschuss von 30 % zugesichert. Nach Vorgesprächen zwischen Stadtverwaltung und Verein „Freunde des Klostersees“ sollen die restlichen 70 % zwischen Stadt und Verein in einem noch zu findenden Schlüssel aufgeteilt werden.

Konzept des Vereins „Freunde des Klostersees“: Unabhängig von der Entschlammung hat der Verein „Freunde des Klostersees“ einen Vorschlag für ein Gesamtkonzept erarbeitet (*liegt dem Protokoll als Anlage bei*) und dem Bürgermeister sowie der Presse vorgestellt.

Der Ausschuss war sich weitgehend einig, dass eine Sanierung der gesamten Weiherkette anzustreben ist. Aus der Mitte des Ausschusses wurde jedoch zu bedenken gegeben, dass der Fischereifachbeauftragte der Regierung von Oberbayern, Dr. Wismath eine Trockenzeit des Schlammes von mindestens zwei Jahren empfohlen hat.

Nach einer regen Diskussion beschloss der Ausschuss mit 6 : 3 Stimmen dem gemeinsamen Antrag der CSU-Stadtratsfraktion und des CSU-Ortsverbandes unter dem Vorbehalt der verfügbaren Haushaltsmittel zuzustimmen. Der Antrag lag der Ladung bei.

Stadträtin Warg-Portenlänger stellte mündlich folgenden Antrag: Nach Klärung von Entschlammungskosten und Entsorgungsweg soll in einer Stadtrats- oder Ausschusssitzung erneut der Gewässerentwicklungsplan betrachtet und unter Berücksichtigung des Konzeptes der „Freunde des Klostersees“ fortgeschrieben werden. Hierzu sind die „Freunde des Klostersees“ sowie Vertreter des AK „Sanierung obere Weiherkette“ einzuladen.

Der Ausschuss stimmte diesem Antrag einstimmig mit 9 : 0 Stimmen zu.

b) Bewirtschaftungskonzept; Beauftragung eines Beraters

Frau Seidinger berichtete, dass der Ausgangspunkt für die Überlegungen zu einem Bewirtschaftungskonzept der Gewässerentwicklungsplan des Ingenieurbüros Dr. Blasy + Mader gewesen ist, der in Punkt 6.2 zwei grundsätzliche Ziele bezüglich der landwirtschaftlichen Nutzung im Einzugsgebiet setzt:

- Erhebliche Reduzierung der Belastung mit fäkalcoliformen Keimen im Gewässer.
- Reduzierung der Nährstoffbelastung, insbesondere von Phosphor, um das intensive Algenwachstum mit der Bildung von Blaualgentoxinen zu verhindern.

Der Arbeitskreis Weiherkette, in dem ein Großteil der betroffenen Landwirte organisiert ist, hat seit seiner Gründung vor 1 ½ Jahren schon einige Ideen zur Umsetzung entwickelt; z.B. haben im vergangenen Winter ein Großteil der beteiligten Landwirte versuchsweise Erosionsschutzmaßnahmen auf ihren Ackerflächen durchgeführt.

Der Arbeitskreis war sich jedoch weitgehend einig, dass zur Bündelung und Ausarbeitung eines landwirtschaftlichen Gesamtkonzeptes ein außenstehender Berater hinzugezogen werden muss. Ziel ist eine optimierte Landwirtschaft mit - wo nötig - reduzierter Düngung (z.B. Bachufer), die trotzdem die Existenz der Landwirte sichern kann.

Die Stadt Ebersberg hat sich daraufhin mit Herrn Dipl.-Ing. Wolfgang Hutterer in Verbindung gesetzt, der bereits die Landwirte im Ebersberger Trinkwassereinzugsbereich in der Gemeinde Zorneding berät und ihn um ein Grobkonzept sowie ein Kostenangebot gebeten.

Herr Hutterer stellte sich und sein Konzept kurz vor. Er ist Diplom-Agraringenieur und betreibt neben einer kleinen Landwirtschaft ein landwirtschaftliches Beratungsbüro in Hohenlinden.

Er sieht bzgl. der Düngung im Einzugsbereich der Weiherkette keine gewaltigen Einsparpotentiale mehr. Dennoch ist er der Meinung, dass man sowohl über technische Möglichkeiten wie z.B. bei der Gülleausbringung oder Veränderung des Düngemittels sowie über Abstandsflächen zu Gewässern bei der Gülleausbringung Verbesserungen erzielen könnte. Er betonte jedoch auch, dass auf jedem Hof andere Bedingungen herrschten und man deshalb hier nur in individuellen Beratungsgesprächen zu Lösungen komme. Eine freiwillige Teilnahme der Landwirte setzt er allerdings unbedingt voraus.

Das Konzept wurde von Herrn Hutterer bereits dem AK Weiherkette vorgestellt. Die dort anwesenden Landwirte waren sich einig, dass ein solches Angebot der Stadt Ebersberg sehr begrüßenswert wäre.

Frau Seidinger trug folgendes Angebot von Herrn Hutterer vor:

Kosten für grundlegende Arbeiten zur Erstellung eines Maßnahmenkonzeptes:

- Durchsicht und Studium der erstellten Gutachten	
- Betriebsbesuche zur Datenaufnahme	
- Ausarbeitung eines Maßnahmenkonzeptes	
- Erstellen einer digitalisierten Karte	
Kosten:	4.200,00 Euro

Jährliche Kosten für die Umsetzung des Maßnahmenkonzeptes:

- Betriebsbesuche zur Umsetzung des Maßnahmenkonzeptes	
- Berechnung von Ausgleichs- und Prämienzahlungen	
- Erstellung einer thematischen Karte für durchgeführte Maßnahmen	
- Erstellung eines Kurzberichtes über durchgeführte Maßnahmen	
Kosten	2.550,00 Euro
Gesamtbetrag (netto):	6.750,00 Euro

Auf Anfrage erklärte Herr Hutterer, dass die Maßnahme seiner Meinung nach nur Sinn macht, wenn ca. 2/3 der Flächen im näheren Einzugsgebiet in ein Konzept einbezogen sind, d.h. die entsprechenden Landwirte sich beteiligen wollen.

Bürgermeister Brilmayer schlug vor, bei einem positiven Beschluss zuerst alle betroffenen Landwirte anzuschreiben und die Teilnahmebereitschaft abzufragen und dann erst die Maßnahme in die Wege zu leiten.

Der Ausschuss beschloss einstimmig mit 9 : 0 Stimmen unter genanntem Vorbehalt das Beratungsbüro Hutterer mit der Erstellung und Umsetzung des landwirtschaftlichen Maßnahmenkonzeptes zu beauftragen.

TOP 4

Abfallwirtschaftssatzung (AWS);
Änderung zur Anpassung an die Kreissatzung
öffentlich

Frau Seidinger führte aus, dass der Landkreis Ebersberg eine neue Abfallwirtschaftssatzung erlassen hat. Für die Gemeinden ergeben sich dadurch zwei grundlegende Änderungen:

1. Änderung der Gewerbemüllentsorgung:

Demnach sind sämtliche Gewerbebetriebe an die Restmüllabfuhr der Gemeinden anzuschließen, sofern sie nicht mehr als zwei der in der jeweiligen Gemeinde maximal zugelassenen Behältnisgrößen Restmüll produzieren. Diese Regelung muss von den Gemeinden umgesetzt werden.

Die Abfallwirtschaftssatzung der Stadt Ebersberg ist deshalb folgendermaßen zu ändern:

In § 4 „Ausnahmen vom Einsammeln und Befördern sowie der sonstigen Abfallentsorgung durch die Stadt“ ist unter (1) 3. der unterstrichenen Satz folgendermaßen einzufügen:

(1) Vom Einsammeln und Befördern sowie der sonstigen Abfallentsorgung gem. § 1 Abs. 2 durch die Stadt sind ausgeschlossen:

1.
2.
3. *Abfälle aus Gewerbebetrieben, sofern dort mehr als 2 x 240 Liter Restmüll produziert werden, aus Gärtnereien und sonstigem Gartenbau, soweit diese Abfälle wegen ihrer Art oder Menge nicht in den zugelassenen Abfallbehältnissen oder jedermann zugänglichen Sammelbehältern gesammelt oder mit den dafür zugelassenen Sammelfahrzeugen transportiert werden können. Gleiches gilt für pflanzliche Abfälle (Gartenabfälle), die in größeren Mengen als 6 m³ anfallen.*

2. Einführung der 40l- oder 60l-Tonne:

Neben den bisherigen Müllnormtonnen stellt es die neue Abfallwirtschaftssatzung des Landkreises den Gemeinden nun frei, in ihren Satzungen 40l und 60 l-Tonnen zuzulassen. Gleichzeitig muss dann jedoch eine Mindestkapazität von 5 Litern pro Person und Woche vorgeschrieben werden.

Herr König stellte vor, welchen Einfluss die Einführung einer 40l-Restmülltonne auf die Müllgebührenkalkulation für den Zeitraum 2005 – 2007 hätte. Ausgegangen wurde dabei davon, dass 15% der 80l-Tonnen gegen 40l-Tonnen ausgetauscht werden, was einem Erfahrungswert aus einer vergleichbaren Gemeinde entspricht. Die Neukalkulation der Müllgebühren wird alle drei Jahre vorgenommen und ist jetzt wieder für 2005 – 2007 fällig.

ABFALLGEBÜHRENKALKULATION 2005 - 2007				
		<i>Bisherige Gebühr</i>	<i>Künftige Abfallgebühren</i>	
			<i>ohne 40l-Tonne</i>	<i>mit 40l-Tonne</i>
Mit Kompost- tonne	<i>40l-Restmüll</i>	---	---	88,20 €
	<i>80l-Restmüll</i>	172,56 €	169,68 €	176,40 €
	<i>120l-Restmüll</i>	258,84 €	254,64 €	264,48 €
	<i>240l-Restmüll</i>	517,68 €	509,16 €	529,08 €
Eigen- kompos- tierung	<i>40l-Restmüll</i>	---	---	77,16 €
	<i>80l-Restmüll</i>	150,96 €	148,56 €	154,32 €
	<i>120l-Restmüll</i>	226,56 €	222,72 €	231,48 €
	<i>240l-Restmüll</i>	453,00 €	445,56 €	462,96 €

Bürgermeister Brilmayer wies noch darauf hin, dass die Stadt Ebersberg nun schon seit einigen Jahren nach Vaterstetten an zweiter Stelle der Gemeinden mit dem wenigsten Restmüllaufkommen steht. Die 40l-Restmülltonne würde noch einen weiteren Anreiz zum Mülleinsparung bieten.

Aus dem Ausschuss wurde angeregt, neuere Erfahrungswerte zum Restmüllwiegesystem einzuholen und den Stadtrat darüber zu informieren, Bürgermeister Brilmayer sagte dies zu.

Mit 8 : 1 Stimmen empfahl der Ausschuss dem Stadtrat folgendes:

- Beschluss zur Änderung der Abfallwirtschaftssatzung bzgl. des Anschlusses von Gewerbebetrieben wie vorgetragen sowie
- Einführung der 40l-Restmülltonne, sowie Beschluss der entsprechenden Änderungen der Abfallwirtschafts- sowie der Abfallgebührensatzung zum 01.01.2005.

TOP 5

Wertstoffinsel Abt-Häfele-/Ignaz-Perner-Straße;
Neugestaltung nach Brand im Frühjahr

öffentlich

Zur Neugestaltung der obengenannten Wertstoffinsel erklärte Frau Seidinger, dass nach der Zerstörung der eingehausten Wertstoffsammelstelle durch Brandstiftung von der Verwaltung eine feuerresistentere Bauart gesucht wurde. Obwohl rein baurechtlich die Wiedererrichtung der bisherigen Holzeinhausung zulässig wäre, hat der Brand gezeigt, dass dies zum Schutz der direkten Nachbarschaft geboten ist.

Laut Bürgermeister Brilmayer ist hier kein Präzedenzfall zu befürchten, da keine der anderen 18 Wertstoffinseln in Ebersberg so nahe an Wohnbebauung angrenzt.

Die Verwaltung schlägt deshalb die Errichtung einer Betonwand zur Ost- und z.T. Nordseite sowie eine Blechüberdachung vor. Nach Auskunft des Kreisbrandinspektors Schörner ist dies bei der gegebenen Situation als Brandschutzmaßnahme ausreichend.

Das günstigste Angebot zur Errichtung dieser Einhausung beträgt 12.211,90 Euro.

Fragen aus dem Ausschuss wurden direkt beantwortet.

Einstimmig mit 8 : 0 Stimmen beschloss der Ausschuss die Errichtung der Einhausung wie vorgestellt.

Stadtrat Schechner M. sen. war bei Beschlussfassung vorübergehend nicht anwesend.

TOP 6

Bauland für Einheimische – Friedenseiche V;
Vergaberichtlinien für Eigentumswohnungen
- Antrag der SPD- Fraktion vom 30.04.2004 -

öffentlich

Hierzu lag ein Antrag der SPD-Fraktion vor, der der Sitzungsladung beigelegt war, wonach bei der Planung des Gebietes Friedenseiche V auch Geschosswohnungen vorgesehen werden sollen, die als Eigentumswohnungen nach den Vergaberichtlinien für das geltende Einheimischenmodell zu vergeben sind.

Bürgermeister Brilmayer legte dar, dass er bereits mehrere Gespräche mit möglichen Bauträgern für den im neuen Einheimischenbaugelände bereits seit über 2 Jahren geplanten Geschosswohnungsbau geführt habe. Eine Reduzierung des Kaufpreises für Eigentumswohnungen zur Schaffung von günstigem Wohnraum sei mit Investoren jedoch nur über eine Subventionierung durch die Stadt zu erreichen. Dies stelle allerdings eine Förderung Einzelner dar, die so von der Stadt bisher nicht praktiziert wurde und auch sicher nicht gewollt sei. Zudem können im Bereich der Anschaffung von Eigentumswohnungen kaum die Vorgaben des bestehenden Kriterienkataloges – wie z. B. die Eigennutzung oder die Nichtveräußerung der Wohnung – durchgesetzt werden. Schwierig wäre dies allein schon deshalb, da der Abschluss des Kaufvertrages mit dem Bauträger und nicht mit der Stadt erfolge. Von Seiten der Stadt werde keine Vergabe der Wohnungen, sondern lediglich eine Vermittlung stattfinden.

Er schlug vor, die Planung der Eigentumswohnanlage zunächst in der Öffentlichkeit bekannt zu machen und dann eine Interessentenliste zu erstellen. Vorstellbar wäre es, auf einem gesonderten Fragebogen die Wünsche und Vorstellungen der Interessenten abzufragen. Gleichzeitig sollten bei möglichen Investoren die verschiedenen Möglichkeiten für Angebote an Einheimische ausgelotet werden.

Von Seiten der SPD-Fraktion wurde den Ausführungen von Bürgermeister Brilmayer grundsätzlich zugestimmt; die Erstellung eines eigenen Kriterienkataloges für die Vermittlung von Eigentumswohnungen auf der Grundlage der Gesamtidee des Einheimischenmodells sei nötig.

Der Umwelt-, Sozial- und Kulturausschuss beschloss einstimmig mit 9 : 0 Stimmen, entsprechend dem Vorschlag von Bürgermeister Brilmayer zu verfahren.

TOP 7

Spielplätze in Ebersberg;
Einrichtung von Betreuungspatenschaften
- Anregung der CSU-Arbeitskreises „Unsere Kinder“ vom 05.08.2004 -

öffentlich

Bürgermeister Brilmayer führte aus, dass aufgrund des Zustandsberichtes über die öffentlichen Spielplätze in Ebersberg, den der Arbeitskreis „Unsere Kinder“ der CSU- Fraktion der Stadt vorgelegt habe und dem eine Mängelliste beigelegt war, alle Sicherheitsmängel und im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten auch alle anderen Mißstände unmittelbar behoben wurden.

Die Empfehlung, für die Spielplätze Paten zu suchen, wurde aufgegriffen. Für drei der Plätze konnten bereits Paten gewonnen werden, die den Zustand der Anlagen regelmäßig überprü-

fen und etwaige Mängel an die Stadt melden. Bürgermeister Brilmayer berichtete hierzu, dass das Modell der Patenschaften in Ebersberg in anderen Bereichen bereits seit längerem erfolgreich praktiziert werde. Es solle weiterhin versucht werden, sowohl für die Spielplätze, als auch für andere Projekte Paten zu gewinnen.

Aus der Mitte des Ausschusses wurde in diesem Zusammenhang vorgeschlagen, Anregungen und Hinweise, die von den Stadträten in den verschiedenen Sitzungen vorgetragen werden, seitens der Verwaltung in einer Liste zu sammeln, ihre Abarbeitung weiterzuführen und die Gremien hierüber regelmäßig zu informieren. Dem wurde entgegengehalten, dass die Weiterverfolgung solcher Anliegen durch den jeweiligen Stadtrat selbst geschehen könne. Bürgermeister Brilmayer stellte hierzu fest, dass die Vorgehensweise zur Bearbeitung der Sitzungsanregungen alleine durch die Verwaltung festzulegen ist.

Bei diesem Tagesordnungspunkt handelte es sich um eine Berichterstattung, eine Beschlussfassung fand nicht statt.

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit war sich der Ausschuss einig, die folgenden Tagesordnungspunkte zu vertagen. Die Fortsetzung der Sitzung wurde auf

Dienstag, den 23.11.2004, 20.00 Uhr

festgelegt.

Abschließend berichtete Bürgermeister Brilmayer dem Ausschuss, dass das Landratsamt nunmehr die Genehmigung zum Fällen der Bäume auf dem Damm des Kumpfmühlweiher, das im Rahmen der Maßnahmen zur Hochwasserfreilegung und wegen des bestehenden Sicherheitsrisikos von der Stadt beantragt worden war, erteilt habe. Die Arbeiten werden in den nächsten Tagen begonnen.

Beginn der öffentlichen Sitzung: 19.00 Uhr
Ende der öffentlichen Sitzung: 22.00 Uhr

Brilmayer
Sitzungsleiter

Seidinger
Schriftführerin
(zu Top 3,4 u. 5)

Pfleger
Schriftführerin